



13/SN-211/ME

AMT DER O. Ö. LANDESREGIERUNG

Verf(Präs) - 300142/6 - Li

Linz, am 30. Jänner 1986

Bundesgesetz über die bauerliche
Erbteilung in Kärnten (Kärntner
Erbhöfegesetz);
Entwurf - Stellungnahme

GESETZENTWURF	
Zl.	96-GE/985
Datum:	5. FEB. 1986
Verteilt:	

Dr. BAUER

An das
Präsidium des Nationalrates
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

In der Beilage werden 25 Mehrabdrucke der h. Stellungnahme
zu dem vom Bundesministerium für Justiz versandten Gesetz-
entwurf übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
H ö r t e n h u b e r
Landesamtsdirektor

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

**AMT DER O. Ö. LANDESREGIERUNG****Verf(Präs) - 300142/6 - Li****Linz, am 30. Jänner 1986****Bundesgesetz über die bäuerliche
Erbteilung in Kärnten (Kärntner
Erbhöfegesetz);
Entwurf - Stellungnahme****Zu GZ. 6.983/6-I 1/85 vom 11. November 1985****An das****Bundesministerium für Justiz****Museumstraße 7****1070 W i e n**

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der dortigen Note vom 11. November 1985 versandten Gesetzesentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Anpassung der Auswahlkriterien des Anerbenrechtes an die Grundsätze der Familienrechtsreform (Gleichstellung unehelicher mit ehelichen Kindern, adoptierter mit leiblichen Kindern sowie weibliche mit männlichen Verwandten) ist nach h. Auffassung zu begrüßen. Es muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß die Vorzüge des Pflichtteilsrechtes zu Gunsten der Minderjährigen (§ 16 des Entwurfes), nämlich, daß eine angemessene Erziehung und der Weiterverbleib von minderjährigen Miterben (Noterben) am Hof keine Einschränkung oder Verkürzung des Pflichtteils darstellen, nur dann Platz greifen werden, wenn der Mit- bzw. Noterbe das Wohl des testierenden Erblassers genießt. Dieser Bestimmung haftet somit ein starkes subjektives Element an und sie kommt nur bei der gewillkürten Erbfolge zum Tragen. Um diesen Gedanken auch objektiv wirksam werden zu lassen, wäre es nach h. Ansicht durchaus zeitgemäß und vertretbar, diesen Grundgedanken - allgemeingültig - auch in das Erbteilungsverfahren aufzunehmen,

- 2 -

zumindest aber für den minderjährigen Mit- bzw. Noterben bis zur Erreichung der Volljährigkeit am Erbhof ein grundbücherlich sichergestelltes Wohnrecht einzuräumen. Dies jedenfalls dann, wenn dadurch die Erhaltung bzw. die Existenz des Erbhofes nicht in Frage gestellt wird. Damit würde aber auch für den Minderjährigen Mit- bzw. Noterben eine bessere Ausgangsposition bei den primär in Betracht zu ziehenden Vereinbarungen über die Erbteilung geschaffen werden.

Gemeinsam mit der Regelung des § 15 des Entwurfes über den vorläufigen Aufschub der Erbteilung bei Minderjährigkeit des Anerben würde nach h. Ansicht eine Regelung im Sinne der vorstehenden Anregung durchaus modernen Vorstellungen einer Vermögensaufteilung entsprechen.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

H ö r t e n h u b e r

Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

